

**Aufstellung über aktuellen Stand der Musterverfahren**

<b>Gegenstand des Verfahrens</b>	<b>anhängig beim</b>	<b>Aktenzeichen:</b>	<b>Verfahrensstand</b>
Versorgungsabschlag gem. § 14 Abs. 3 BeamtVG, demzufolge sich das Ruhegehalt um 3,6 % für jedes Jahr höchstens jedoch um 10,8 % vermindert, um das der Beamte vorzeitig in den Ruhestand versetzt wird	Verwaltungsgericht Arnsberg OVG Münster  Bundesverfassungsgericht	2 K 3391/99 6 A 2073/01  2 BvR 361/03	I. Instanz, Klage abgewiesen Berufungsverfahren; Beschluss I. instanzl. Urteil wirkungslos  <b>Verfassungsbeschwerde:</b> <i>Versorgungsabschlag bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand verfassungsgemäß</i>
Versorgungsabschlag nach altem Recht bei Teilzeitbeschäftigung oder Beurlaubung in der Zeit von 1984 bis 1991	Bundesverwaltungsgericht	2 C 6.04	aufgrund einer unzulässigen mittelbaren Diskriminierung von Beamtinnen rechtswidrig.  Nicht tangiert sind Versorgungsabschläge nach neuem Recht
Versorgungsabschlag im Falle von Dienstunfähigkeit	Bundesverwaltungsgericht	2 BvR 797/04	anhängiges Verfahren

Kostendämpfungspauschale	Verwaltungsg. Gelsenkirchen	3 K 1122/99	Streitverfahren ausgesetzt, Bundesverfassungsgericht angerufen Mit Beschluss vom 27.09.05 hat das Bundesverfassungsgericht die Vorlage als unzulässig zurückgewiesen.  <b><i>Kostendämpfungspauschale mit dem Grundgesetz nicht vereinbar Urteil vom 18.07.07; Kostendämpfungspauschale rechtswidrig, Revision zugelassen</i></b>  Urteil 03.07.03; Alimentation nicht verletzt, wenn Pauschale die Einkommensgrenze von 1 % nicht überschreitet  I. Instanz - Klageabweisung II. Instanz – negative Entscheidung Urteil vom 12.11.03; Kosten- dämpfungspauschale verfassungs- gemäß
	Bundesverfassungsgericht	2 BvL 11, 12 u 13/02	
	<b><i>Verwaltungsg. Gelsenkirchen</i></b>	3 K 1122/99	
	<b><i>OVG Münster</i></b>	6 A 3535/06	
	Bundesverwaltungsgericht	2 C 24.02	
	Oberverwaltungsgericht NRW	12 A 4814/00	
Alimentierung von kinderreichen Beamten / Beamtinnen hier: Erhöhungsbeiträge ab d. Jahr 1999  Durch Klageverfahren in Eigenregie vor den entsprechenden VG-Gerichten lassen Mitglieder z.Zt. die Höhe der Alimentation überprüfen	Verwaltungsgericht Frankfurt/Main  Bundesverwaltungsgericht  <b><i>diverse Verwaltungsgerichte</i></b>	9 E 1852/01 (V)  2 C 34/02	Klage (A 14) Erhöhungsbetrag entspricht nicht dem Beschluss des BVG v.24.11.98 Sprungrevision vor dem <b>BVG</b>  Teilerfolg, wahrscheinlich Einzelfallregelung  <b><i>voraussichtlich Anwendung der rechtskräftigen Entscheidung des Verfahrens vor dem OVG NRW, Az.: 1 A 3433/05.</i></b>

Widerruf der Genehmigung von Nebentätigkeiten	Verwaltungsgericht Arnberg (einstw. Anordnungsverfahren)  I. Instanz	2 L 656/03  2 K 719/04 2 K 3923/03	aufschiebende Wirkung des Widerspruchs wieder hergestellt  Erledigungserklärung Urteil vom 18.01.06: Genehmigung ist zu erteilen ( <i>Rechtskraft</i> )
Abziehbarkeit von Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten	Finanzgericht Niedersachsen  Bundesfinanzhof  Bundesverfassungsgericht	10 K 338/01  VI R 42/03  unbekannt	negative Entscheidung  <b>Klageabweisung mit Urteil vom 14.05.2007</b>  <i>Verfassungsbeschwerde</i>
Kürzung der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre des Landes NRW)  Klageerweiterung bezüglich der Rechtmäßigkeit des Wegfalls des Urlaubsgeldes 2004	<b>2003</b> Verwaltungsgericht Düsseldorf BVerwG  für die Jahre 2003 bis 2006 sind Verfahren anhängig	26 K 6021/04 2 BvL7/05	Vorlagebeschluss vom 11.03.05 offen  Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wird abgewartet
Kürzung der Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld 2003 für Beamte und Pensionäre des Landes NRW)	Verwaltungsgericht Düsseldorf	26 K 2609/04	Aussetzung des Verfahrens wg. Vorlage beim Bundesverfassungsgericht wg. unzulässiger Rückwirkung des Gesetzes
Neuberechnung der Mutterschutzfrist für Beamtinnen, bei früherem Entbindungszeitpunkt im Zeitraum 01.01.01 bis 20.06.02	Verwaltungsgericht Münster	4 K 668/05	<b>Urteil vom 30.10.06</b> <b>Mutterschaftsfristen werden neu berechnet, anteilige Besoldung gezahlt</b>

Erhebung von vollen Krankenkassenbeiträgen auf Betriebsrente und Zusatzversorgung seit 01.01.04	Bundessozialgericht	B 12 KR 29/04 R	Urteil vom 24.05.2005; keine Bedenken gegen die Erhebung, Entscheidung über Verfassungsbeschwerde steht noch aus
Krankenversicherungsbeiträge aus Versorgungsbezügen	Bundessozialgericht	9 Revisionen	Urteil vom 10.05.06; keine Bedenken gegen Erhebung der Krankenversicherungsbeiträge aus Versorgungsbezügen nach dem allgemeinem Beitragssatz
	Bundesverfassungsgericht	1 BvR 1413/07 1 BvR 139407	2 Verfahren anhängig

Diese Aufstellung wird nach den Informationen, die dem Bezirksverband Westfalen-Lippe zugänglich gemacht werden, gefertigt und erhebt keinen Anspruch auf Aktualisierung nach dem neuesten Stand und der Vollständigkeit. Sie dient lediglich als Überblick für unsere Mitglieder über laufende Musterverfahren.